

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Januar 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 481 Anfrage Rey Caroline und Mit. über Massnahmen zur Preisgestaltung des öffentlichen Verkehrs im Kanton Luzern unter Berücksichtigung des Mobilitätskonzepts Zumolu / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Caroline Rey ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Caroline Rey: Die Antworten des Regierungsrates sind grossmehrheitlich nachvollziehbar. Wie die Verlagerung des Verkehrs gemäss dem 4V-Prinzip (Verkehr vermeiden, Verkehr verlagern, Verkehr vernetzen, verträglich abwickeln) beurteilt wird, wurde aus Sicht der SP-Fraktion in Frage 1 nicht beantwortet. Bei der Beantwortung der Frage 3 wurde auf das noch laufende Projekt in der der Stadt Luzern verwiesen sowie auf die Stellungnahme zum Postulat P 336. Die Stadt Luzern hat jüngst ihre Erfahrungen aus dem Pilotprojekt «öV Gutscheine für Kinder und Jugendliche» als erfolgreich beurteilt. Jeweils über 60 Prozent der Kinder und Jugendlichen haben die Gutscheine eingelöst, was das Budget der Familien entlastet hat. Die Kinder und Jugendlichen wurden dadurch an die Nutzung des öV herangeführt und in ihrer Selbständigkeit gefördert. Es ist davon auszugehen, dass Kinder und Jugendliche, die bereits früh den öV nutzen, diesen auch längerfristig nutzen werden. So lässt sich eine erfolgreiche Verlagerung des Verkehrs nach dem 4V-Prinzip erreichen und damit auch die Auslastung der Fahrzeuge erhöhen, was wiederum zu einer Erhöhung des Kostendeckungsgrads führen würde. Dies scheint für uns eine positive Ausgangslage zu sein, um öV-Gutscheine für Kinder und Jugendliche erneut zu prüfen.

Bernhard Steiner: Die Anfrage zeigt die Haltung der Regierung im Bereich der Verkehrspolitik sehr deutlich. Der öV soll weiter gestärkt und verbilligt, aber auch ausgebaut werden, sogar dann, wenn das zu einer immer höheren Belastung der Allgemeinheit führt. Der Regierungsrat hält fest, dass der Kostendeckungsgrad für den bestellten öV im Kanton Luzern bei rund 58 Prozent liegt. Das heisst im Umkehrschluss, dass über 40 Prozent der Kosten nicht von den Nutzern, sondern von den Steuerzahlern getragen werden. Gleichzeitig ist die Abgeltung des Verkehrsverbunds Luzern (VVL) allein im Jahr 2024 um 12,7 Prozent gestiegen, was zu einem Jahresverlust von 3,2 Millionen Franken geführt hat. Trotzdem wird sowohl in der Anfrage als auch in der Antwort des Regierungsrates wieder darüber nachgedacht, zusätzliche Subventionen und Vergünstigungen einzuführen, sei es für einzelne Zielgruppen oder über neue Tarifmodelle. Die Wirkung dieser Massnahmen ist aber nicht einmal belegt. Der Regierungsrat bestätigt ausdrücklich, dass keine ausgewerteten Kenntnisse zu den bestehenden subventionierten Angeboten vorliegen. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist das der falsche Weg. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) finanziert

seine Infrastruktur zu einem grossen Teil selbst über die Motorfahrzeug- und Mineralölsteuer. Beim öV hingegen wird zunehmend versucht, die Kosten des Nutzers auf die Allgemeinheit zu verlagern. Wir sagen deshalb klar: Wer ein Angebot nutzt, soll dieses auch mehrheitlich selbst finanzieren. Bevor neue Subventionen beschlossen werden, braucht es Effizienz, Kostenkontrolle und einen realistischen Blick auf die Finanzierbarkeit. Die SVP-Fraktion wird eine weitere Umverteilung zulasten des Steuerzahlers auf jeden Fall ablehnen.

Daniel Gasser: In regelmässigen Abständen und in den letzten sechs Monaten bereits zum zweiten Mal, diskutieren wir über die Preisgestaltung beim öV. Erst letzten Herbst haben wir das Postulat P 336 von Gianluca Pardini behandelt. Die Anfragende will den Modalsplit stärken. Das will die Mitte-Fraktion auch. Wie wir immer betonen, sehen wir dabei die Mobilität als Ganzes. Aus unserer Sicht erreichen wir diesen Modalsplit aber nicht, wenn der öV möglichst günstig oder sogar gratis ist. Zentral für die Mobilität der Zukunft sind nicht günstige Tickets, sondern ein stabiler Fahrplan mit Verlässlichkeit und Pünktlichkeit. Solange der Bus im Stau stecken bleibt, steigen die Leute nicht auf den öV um. Also investieren wir dieses Geld besser in intelligente Verkehrssysteme und Busbevorzugungen.

Claudia Wicki-Huonder: Mit dem Projekt Zukunft Mobilität im Kanton Luzern (Zumolu) wurde bereits viel unternommen und die Regierung ist auf dem richtigen Weg. Aber die Mobilität wird unseren Rat noch lange beschäftigen, vor allem im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum. Die Antworten des Regierungsrates sind unserer Ansicht nach ausreichend.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Wir diskutieren in regelmässigen Abständen über dieses Thema. Schlussendlich haben wir eine Strategie, einerseits mit Zumolu und andererseits mit dem Programm Gesamtmobilität, wo es um die Infrastrukturen geht. Zu den Infrastrukturen gehören beispielsweise auch Busbeschleunigungsmassnahmen, aber auch weitere Möglichkeiten. Es ist wichtig, beim Gesamtverkehrssystem immer den Zusammenhang zu sehen respektive die Mobilität insgesamt sicherzustellen. Dazu gehören sowohl der MIV als auch der öV, aber auch der Langsamverkehr. Diese müssen in den verschiedenen Räumen intelligent und gut kombiniert werden. Im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) werden wir wieder über diese Fragen diskutieren, wenn es um die Finanzierung des öV geht, aber natürlich auch im Rahmen des Programms Gesamtmobilität, wenn es um Infrastrukturen für den öV und den MIV geht.